

## PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 05.12.2014

### Forderungen nach Veränderung der Drogenpolitik keineswegs „verantwortungslos“

#### JES Bundesverband fordert Versachlichung der Debatte

Eines kann man der Bundesdrogenbeauftragten Marlene Mortler nicht vorwerfen: Inaktivität bei der Öffentlichkeitsarbeit. Die Veröffentlichung des Reitox-Berichtes hat die Bundesdrogenbeauftragte zum Anlass genommen, eine Pressemitteilung herauszugeben. Wenn man nun den Wortlaut der Pressemitteilung mit dem Inhalt des Berichtes vergleicht, so muss man sich verwundert die Augen reiben: So wird in der Pressemitteilung ein dramatischer Stil gewählt, der in keiner Weisedurch die Zahlen des Berichtes gerechtfertigt wird!

Unter Hinweis auf die unterschiedlichen Methoden der Datenerfassung und Codierung, die eine Vergleichbarkeit erschweren, kommt der Bericht dennoch zu dem klaren Ergebnis: In der stationären Behandlung spielen Opioide unter allen illegalen Substanzen die größte Rolle. In der Kombination mit anderen Substanzen (z.B. Kokain) summiert sich der Anteil der stationär behandelten Patienten auf 50-80%. Frau Mortler hält dagegen den Konsum von Cannabis für so besorgniserregend, dass sie ihr Augenmerk hauptsächlich auf dieses Thema richtet. Und für sie gibt es anscheinend ausschließlich einen problematischen Konsum. Dass es -gerade für Jugendliche- in ihrer Entwicklung, besonders während der Pubertät, auch einen „Konsum des Ausprobierens“ gibt, was auch der o.a. Bericht anführt, wird ignoriert. Und noch schlimmer: Sie verkennt völlig, dass es die Rahmenbedingungen wie Illegalität, Angst vor Entdeckung, Sanktionen durch Eltern und/oder Schule, Strafverfahren sind, die einen problematischen Konsum begünstigen. Wer wie Frau Mortler das Ziel hat junge Menschen stark und selbstbewusst zu machen, muss mehr tun, als in dieser Weise zu skandalisieren. Es gilt die Ursachen anzuerkennen und zu verändern.

Sowohl in Deutschland als auch international sind sich Fachleute aus Wissenschaft, Medizin und Praxis darin einig, dass der „Krieg gegen Drogen“ und die Drogenpolitik in fast allen Ländern der Welt nicht zu weniger Konsumenten führen und diese nicht schützen, sondern die Ausbreitung von HIV und Hepatitis, soziale Ausgrenzung und hohe gesellschaftliche Folgekosten begünstigen. Beispielhaft ist hier die Global Commission on Drug Policy auf der internationalen Ebene und die Initiative der Strafrechtsprofessoren in Deutschland. Sie fordern eine radikale Umkehr der Drogenpolitik. Statt sich mit diesen Argumenten auseinanderzusetzen, bezeichnet Frau Mortler Menschen, die solche Bestrebungen unterstützen als „verantwortungslos“.

Man muss schon fragen, welche Bezeichnung für eine Politik passend ist, die tausende Tode in Ländern wie Mexiko, übervolle Haftanstalten, unkontrollierte Milliardengewinne der organisierten Kriminalität und die gesundheitliche Schädigung ungezählter Menschen nach wie vor in Kauf nimmt. Nicht zu vergessen, die permanente Diskriminierung drogengebrauchender Menschen und die Verweigerung, sonst so hoch gehaltener elementarer Menschen- und Bürgerrechte!

Legalisierung heißt (wie schon das Wort sagt): Das Gesetz und damit staatliche Stellen bestimmen Umfang, Qualität und Reinheit und Preis psychoaktiver Substanzen und nicht die organisierte Kriminalität. Nachdem die Bundesdrogenbeauftragte nun etwa 11 Monate im Amt ist, hat sie am 2. Dezember den neuen "nationalen Drogen- und Suchtrat“ berufen. Dieser Beirat soll also die Arbeit der Bundesregierung allgemein und von Frau Mortler im Speziellen unterstützen. Im Prinzip eine gute Sache. Nur leider wird zwar bei der Berufung ein nettes Bild der Teilnehmer und einer lächelnden Bundesdrogenbeauftragten veröffentlicht, aber keine Namensliste. Das Foto lässt erahnen, dass sie die „verantwortungslosen Fachleute“ aus dem Drogen- und Suchtrat ausgeschlossen hat.

**Kontakt: Roland Baur, Vorstand, [vorstand@jes-bundesverband.de](mailto:vorstand@jes-bundesverband.de)**